

Frankfurter Erklärung

Arbeitslosigkeit selbst gemacht – Nein danke!

- Für die Beibehaltung der Bundeszuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit ! -

Während die Zahl der Arbeitslosen in schwindelerregende Höhen steigt, kürzt die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit auf breiter Front ihre Ausgaben für Qualifizierungsprogramme im Bereich der Berufsvorbereitung von Jugendlichen, der beruflichen Weiterbildung und der Benachteiligtenprogramme. Unzählige Maßnahmen der Bundesanstalt – mehr oder weniger bekannt unter den Kürzeln: F-Lehrgänge, G-Lehrgänge, BBE, tip, FAuB, move, abH, FSTJ etc. etc. – werden in diesem Jahr zusammengestrichen, verschoben oder ganz abgesetzt. Gesetzlich verbrieft Ansprüche auf berufliche Förderung und Qualifizierung werden damit massiv eingeschränkt.

Diese völlig absurde Situation resultiert aus der für 2003 erstmals erfolgten Streichung des Bundeszuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von bislang 5,6 Mia. Euro.

Die Folgen dieser Kürzungen sind katastrophal: Noch in diesem Jahr werden 100.000 bis 120.000 arbeitslose Jugendliche mehr auf der Straße stehen. Zudem werden Tausende erwachsener Arbeitsloser in die Langzeitarbeitslosigkeit und – bar jeglicher beruflicher Perspektiven - ins gesellschaftliche Abseits gedrängt. Dazu kommen rund 10.000 dann ebenfalls arbeitslose Mitarbeiter/innen aus Bildungsträgern, die schließen müssen.

Anstatt sich auf ihre gesellschaftliche Verantwortung zu besinnen, schraubt die Nürnberger Bundesanstalt ihre Vorgaben für Vermittlungsquoten bei Qualifizierungsmaßnahmen völlig unrealistisch in die Höhe und macht sie zum zentralen Kriterium für die Finanzierung von Bildungsträgern. Diese werden so gezwungen, sich vorrangig um sog. „vermittlungsfähige“ Arbeitslose zu kümmern. Den angeblich weniger vermittlungsfähigen Menschen bleibt langfristig nur die Sozialhilfe. Diese Politik der Auslese ist menschenverachtend und ein nicht hinnehmbarer gesellschaftspolitischer Tabubruch. So bekämpft man Arbeitslose, nicht aber die Arbeitslosigkeit.

Die damit von der Bundesanstalt zugleich billigend in Kauf genommene „Marktbereinigung“ unter Bildungsträgern (BA-Presse-Info vom 11.03.2003) wird nicht - im Unterschied zu den Annahmen der Bundesanstalt - zur Durchsetzung „qualitativ hochwertiger Angebote“ führen, sondern unter den Bedingungen der Mittelbewirtschaftung zu einer Billigkonkurrenz unter Weiterbildungsträgern, die auf dem Rücken der Beschäftigten, auf Kosten der Maßnahmeteilnehmer sowie der Qualität von Bildungs- und Qualifizierungsprogrammen ausgetragen wird.

Die Unterzeichner dieses Aufrufs stehen weiterhin zur gesellschaftlichen Verpflichtung einer umfassenden Qualifizierung der von Arbeitslosigkeit betroffenen oder bedrohten Menschen. Dazu gehört die angemessene finanzielle Ausstattung der Bundesanstalt für Arbeit durch die Bundesregierung. Deshalb fordern wir im Interesse der Betroffenen sowie im Interesse einer unabdingbaren Planungssicherheit von Bildungsträgern der Jugendberufshilfe, der Rehabilitation und beruflichen Weiterbildung die Einstellung eines angemessenen Bundeszuschusses in den Nachtragshaushalt der Bundesanstalt für Arbeit sowie die

Rücknahme sämtlicher Kürzungen bei arbeitsamtsfinanzierten Reha-, Qualifizierungs- und Berufsvorbereitungskursen !

Erstunterzeichner

Betriebsrat Berami, Frankfurt
Betriebsrat Berlitz Offenbach
Betriebsrat Berlitz Wiesbaden
Betriebsrat Berlitz Frankfurt
Betriebsrat bfw Hessen
Betriebsrat Bildungszentrum des Hessischen Handels, Frankfurt
Betriebsrat Bildungszentrum Kassel GmbH
Betriebsrat BuntStift e.V., Kassel
Betriebsrat BWF gGmbH, Waldeck-Frankenberg
Betriebsrat BZ Handel und Dienstleistungen e.V., Kassel
Betriebsrat DEKRA Akademie, Rhein-Main
Betriebsrat Internationaler Bund, Verbund Frankfurt – Nordhessen
Betriebsrat Jugendberatung und Jugendhilfe, Frankfurt
Betriebsrat Lehrerkooperative, Frankfurt
Betriebsrat Starthilfe Ausbildungsverbund Schwalm-Eder
Betriebsrat Schule für EDV Korwisi GmbH, Frankfurt/Hanau/Wächtersbach/Gelnhausen
Betriebsrat TÜV-Akademie Rheinland GmbH, Rhein-Main
Betriebsrat VSM Verein für Sozialpädagogische Modelle, Frankfurt
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hessen
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Bezirksverband Frankfurt
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Büro für Weiterbildung Rhein-Main
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Büro für Weiterbildung Mittel- und Nordhessen
Frankfurter Arbeitslosenzentrum FALZ
Bund Deutscher PfadfinderInnen, Landesverband Hessen
basa Jugendwerkstatt Hochtaunus, Oberursel
Udo Amling, Vorstandsmitglied FB 05, ver.di
Dr. Diethelm Damm, Bundesinitiative Unternehmen: Partner der Jugend (UPJ), Wiesbaden
Peter Gah, Personalrat VHS Frankfurt
Ursula Goddert, DAA Kassel
Bernd Klene, VBSF Kassel
Katharina Seewald, DGB-Regionsvorsitzende Nordhessen
Henner Stang, Supervisor in ABS bei BuntStift e.V., Kassel
Peter Wadakur, ver.di Mittelhessen
Inge Wilmsmeier, DAA Kassel
Prof. Dr. Ursula Fasselt, Frankfurt
Prof. Dr. Stefan Gaitanides, Frankfurt
Prof. Dr. Berndt Kirchlechner, Frankfurt
Dr. Cornelia Krause-Girth, Frankfurt
Prof. Dr. Achim Schröder, Darmstadt
Prof. Dr. Brigitte Stolz-Willig, Frankfurt
Prof. Dr. Wiebke Wüstenberg, Frankfurt

Weitere Unterstützungserklärungen bitte an:

GEW-Büro für Weiterbildung Rhein-Main, Bleichstr. 38a, 60313 Frankfurt

gew.weiterbildung-rhein-main@web.de

Tel. 069/21657626

Fax 069/291819

Aufruf

Der Kanzler kommt – Wir kommen auch! 1. Mai in Neu-Anspach Arbeitslosigkeit selbst gemacht – Nein danke!

Die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit kürzt in einem noch nie da gewesenen Maße die Zuschüsse für Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und Qualifizierung. Diese skandalösen Mittelkürzungen treffen vor allem sozial benachteiligte Jugendliche, Migrant/innen sowie andere von Arbeitslosigkeit betroffene und bedrohte Menschen. Ihnen wird dadurch die Möglichkeit einer angemessenen Berufsvorbereitung und beruflichen Weiterbildung vorenthalten. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit ein nicht hinnehmbarer Zustand!

Die Folgen:

- allein in diesem Jahr 100.000 bis 120.000 mehr arbeitslose Jugendliche
- ein erheblicher Anstieg von Langzeitarbeitslosen
- Schließung von Bildungsträgern
- ca. 10.000 arbeitslose Mitarbeiter/innen solcher Bildungsträger.

Dagegen protestieren wir am diesjährigen 1. Mai im Hessenpark in Neu-Anspach.

Denn dort spricht auf der Maikundgebung des DGB Bundeskanzler Gerhard Schröder. Auch wir werden dort unser Rederecht wahrnehmen und öffentlich unüberhörbar für die von Arbeitslosigkeit betroffenen und bedrohten Menschen Partei ergreifen: Beibehaltung der Bundeszuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit! Rücknahme sämtlicher Kürzungen !

Dazu werden wir mit einem von Jugendlichen gebauten „Bildungsdrachen“ von der Bildungsstätte Alte Schule Anspach in Neu-Anspach zum Hessenpark ziehen.

Treffpunkt:

**Donnerstag, 1. Mai 2003, um 10 Uhr an der Bildungsstätte
Alte Schule Anspach, Schulstraße 3, 61267 Neu-Anspach**

Kommt zahlreich und rechtzeitig! Informiert Kolleginnen und Kollegen! Genießt mit uns den 1. Mai in der landschaftlich reizvollen Umgebung des Hochtaunus.

Bitte teilt uns mit, ob Ihr diese wichtige Aktion durch Eure Teilnahme unterstützt.

Kontakt:

basa Jugendwerkstatt Hochtaunus, Tel.: 06171-584560, Fax:06171-584580

e-mail: basa.htk@t-online.de, Bildungsstätte Alte Schule Anspach Tel.: 06081-4496871